



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

TÜRKEI BULLETTIN 17-2019

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Projektbüro Türkei
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2
Elmadağ-Istanbul 34473
Türkei

/fnst-turkey.org

Redaktion

Dr. Hans-Georg Fleck – Laura Kunzendorf

Stand

September 2019

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).



TÜRKEI BULLETIN 17/19

Berichtszeitraum: 1. - 15. September 2019

Inhalt: Aus eins mach drei – ehemalige AKP-Mitglieder kündigen Parteineugründungen an. Imamoğlu sagt Steuerverschwendung mit kreativen Mitteln den Kampf an. Imamoğlu fällt vom Stuhl. Kafkaesker Gerichtsprozess gegen Istanbuler CHP-Vorsitzende. Trotz Freispruch: Keine Freiheit für Selahattin Demirtaş. Rechtsanwalt für Freiheitsrechte zu Bewährungsstrafe verurteilt. Außenpolitische Neuausrichtung der Türkei. Erdoğan lässt syrische Geflüchtete nach Syrien zurückführen. Die türkische Volkswirtschaft: Stabilisierung an der Inflationsfront. Mehr Todesopfer aufgrund von Luftverschmutzung als durch Verkehrsunfälle.

Überblick

Die ersten zwei Septemberwochen waren in der Türkei geprägt von Schlagzeilen über interne Zerwürfnisse und Abspaltungen innerhalb der regierenden „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP), Verurteilungen und Freilassungen politischer Gegner Erdoğan sowie von provozierenden Forderungen des türkischen Präsidenten an die Staatenwelt.

Nachdem die AKP bei den Bürgermeisterwahlen in Ankara und Istanbul der CHP unterlegen war, kündigte Präsident Erdoğan Umstrukturierungen nicht nur in der Parteiführung, sondern auch innerhalb der Regierung an. Doch vor der Realisierung dieses Vorhabens widmete er sich zunächst der Säuberung der Partei von Aufrührern und Abweichlern. Am 2. September beschloss die AKP ein Parteiausschlussverfahren gegen den ehemaligen türkischen Außen- und später auch Premierminister Ahmet Davutoğlu. Dieser hatte Erdoğan in der jüngeren Vergangenheit wiederholt kritisiert, u. a. für die Wiederholung der Istanbuler Bürgermeisterwahl. Darüber hinaus mehrten sich Hinweise und Berichte über Davutoğlus Ambitionen zur Gründung einer eigenen Partei. Zusätzlich ließ Präsident Erdoğan Ausschlussverfahren gegen die ehemaligen Abgeordneten Ayhan Sefer Üstün, Selçuk Özdağ und Abdullah Başçı sowie gegen die früheren Vorsitzenden der AKP in Ankara, Nedim Yamalı, bzw. in Istanbul, Selim Temurci, einleiten. Aus den Reihen der AKP wurde verlautet, vor dem Hintergrund der Parteigründungsgerüchte um Davutoğlu sei dessen Parteiaustritt erwartet worden. Das Ausbleiben des

Austritts habe jedoch die Integrität der AKP gefährdet und so ein Ausschlussverfahren notwendig gemacht.

Am 6. September wurde die Istanbuler Vorsitzende der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP), Canan Kaftancıoğlu, wegen verschiedener Delikte zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt. Eine solche Strafe lässt in funktionierenden Rechtsstaaten auf ein schweres Verbrechen schließen. Doch die Grundlage für Kaftancıoğlus Anklage bildeten Tweets in sozialen Netzwerken sowie eine Gedichtrezitation während ihrer Anhörung. Ihr Prozess steht exemplarisch für die Instrumentalisierung der türkischen Justiz durch die AKP-Regierung zur Einschüchterung und Ausschaltung politischer Gegner.

Erdoğan gelegentlich harsche Rhetorik, um gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft Drohungen oder Machtansprüchen Ausdruck zu verleihen, ist allseits bekannt. Doch Anfang September gelang es ihm, westliche Beobachter gleich zwei Mal mit Schrecken aufhorchen zu lassen: Bei einer Rede zum 100. Jahrestag des Sivas-Kongresses, auf dem die türkische Nationalbewegung den Grundstein für die Unabhängigkeit der Türkei gelegt hatte, erklärte der türkische Präsident es für inakzeptabel, dass die Türkei keine Raketen mit nuklearen Sprengköpfen besitzen dürfe.

Neben seinem Anspruch auf Atomwaffenbesitz sorgte Erdoğan am 5. September mit der Drohung, die Türkei könnte sich gezwungen sehen, für syrische Geflüchtete „die Tore zu öffnen“, für Zündstoff. Mithilfe dieser Drohgebärden versucht Erdoğan, die USA zur schnellen Einrichtung einer Sicherheitszone in Nordsyrien und die EU zu einer stärkeren Unterstützung bei der Bewältigung der Flüchtlingszahlen zu bewegen. Derzeit halten sich mehr als 3,6 Mill. syrische Geflüchtete in der Türkei auf – eine Zahl, die die „Flüchtlingswelle“ in Europa ab 2015 in den Schatten stellt und somit als machtvolleres Druckmittel in Erdoğan's Händen liegt. Zu seiner Drohung bewogen Erdoğan auch erneut aufgeflammete Kämpfe um die Stadt Idlib im Nordwesten Syriens, die in den vergangenen Wochen die Sorge nährten, bis zu einer Million weiterer Flüchtlinge könnten in die Türkei strömen.

Aus eins mach drei – ehemalige AKP-Mitglieder kündigen Parteineugründungen an

Noch vor Beendigung des gegen ihn eingeleiteten AKP-Ausschlussverfahrens verkündete Ex-Premier Davutoğlu gemeinsam mit den ehemaligen Abgeordneten Üstün, Özdağ, und Başçı sowie den ehemaligen AKP-Funktionären Yamalı und Temurci am 13. September selbst seinen AKP-Austritt und, im gleichen Atemzug, die Neugründung einer Partei. Davutoğlu und seine Mitstreiter erklärten, innerhalb der AKP gäbe es keine Möglichkeit mehr zu Veränderungen, da auch interne Kommunikationskanäle nicht mehr funktionierten. Daher sei es ihre historische Verantwortung, eine neue politische Bewegung zu gründen. Jeder, der sich für die Türkei verantwortlich fühle, sei – unabhängig von seiner politischen Meinung – dazu eingeladen, teilzunehmen. Wie bereits berichtet (s. Bulletin 16/2019), sind das voraussichtliche Parteilogos sowie der Name „Lebens- und Gerechtigkeitspartei“, durch eine Patentanmeldung bereits an die Öffentlichkeit gedrungen.

Damit haben die zahlreichen Meldungen über Differenzen und Frustrationen innerhalb der AKP ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Dass ehemalige politische Weggefährten Erdoğan über Zerwürfnisse mit ihm aus der AKP austreten, ist keine neue Erscheinung. Erst im Juli hatte der AKP-Mitgründer und ehemalige Wirtschafts- und Außenminister Ali Babacan mit offenkundigen Plänen zum Aufbau einer neuen, eigenen Partei seine angestammte politische Heimat verlassen. Unterstützt wurde und wird er dabei vom ehemaligen Präsidenten Abdullah Gül, mit dem er gemeinsam noch vor Jahresende offiziell die neue Partei gründen will. Babacan, der von Analysten als Vertreter eines konservativen, „milden“ Islam beschrieben wird, hat angekündigt, sich auf Werte konzentrieren zu wollen, die die AKP aus den Augen verloren habe, u. a. Rechtsstaatlichkeit und pluralistische Demokratie.

Mit Spannung wird nun verfolgt, welchen Verlauf die geplanten Parteineugründungen nehmen und ob Erdoğan nach der „Säuberung“ seiner Partei von Dissidenten sich nun der Umgestaltung der AKP-Führung und des Kabinetts zuwendet. Erdoğan hat die derzeitige Parteiführung bereits angewiesen, für Parteimitglieder eine Trainingskampagne zu organisieren, um ihr Engagement für und ihr Festhalten an den Grundprinzipien der AKP zu stärken. Der AKP-nahe Journalist Abdülkadir Selvi verkündete außerdem, in zwei bis drei Monaten stünden Änderungen in der Regierung an. Jedoch halten sich diese Gerüchte bereits seit Monaten hartnäckig und es ist fraglich, wie weit Erdoğan in einer Kabinettsumstrukturierung gehen kann. Angesichts des Aufruhrs innerhalb der AKP und zahlreicher innen- und außenpolitischer Herausforderungen ist der Präsident auf eine starke Regierung angewiesen.

Imamoğlu sagt Steuerverschwendung mit kreativen Mitteln den Kampf an

Erdoğan kämpft derzeit an vielen Fronten. Während er versucht, trotz Unruhe in seiner Partei die Zügel in der Hand zu halten, muss er sich auch noch dem Gegenwind des charismatischen Istanbuler CHP-Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu stellen. Bereits Ende August hatte dieser die Verschwendung öffentlicher Mittel durch AKP-Politiker kritisiert und als Gegenmaßnahme u. a. angekündigt, religiösen Stiftungen fortan die Förderung zu kürzen. Anfang September griff er auf weitaus kreativere Methoden zurück und landete einen medienwirksamen Coup, indem er an dem am Rande des historischen Istanbuls gelegenen Verkehrsknotenpunkt „Yenikapı“ Auto an Auto reihen und für einige Tage parken ließ. Bevor offiziell verkündet wurde, was es mit den insgesamt mehr als 1000 abgestellten Autos auf sich habe, verbreiteten sich in sozialen Netzwerken schon Fotos und Videos der Autoansammlung und ein reger Austausch um des Rätsels Lösung begann. Der Clou: Sämtliche der abgestellten Autos waren von der vorhergehenden Stadtverwaltung angemietet worden und – laut CHP – zu einem Großteil nicht notwendig oder gar Luxusfahrzeuge. Mit der Aktion wollte die CHP das Maß an Verschwendung durch die ehemalige, AKP-geprägte Stadtverwaltung aufzeigen, das es fortan zu reduzieren gelte. Die geparkten, überflüssigen Autos sollen aus Gründen der Kosteneinsparung zurückgegeben werden. Pro Jahr sollen so im Stadthaushalt ca. 50 Mill. Türkische Lira (knapp 8 Mill. Euro) eingespart werden. Die AKP beschuldigte İmamoğlu daraufhin, eine Show abzuziehen, und beschwerte sich, dass die Stadtverwaltung benötigte Servicefahrzeuge einziehe, anstatt ihren Pflichten nachzukommen. Eine medienwirksame Show war die Aktion tatsächlich; sie löste hitzige Debatten über die Verwendung öffentlicher Gelder aus.

Während İmamoğlu seit seinem Amtsantritt die AKP durch Zurschaustellung ihres unwirtschaftlichen Haushaltens in Atem hält, versuchte die Zentralregierung ihrerseits, İmamoğlu unter Druck zu setzen. Nach der Absetzung oppositioneller Bürgermeister in Van, Diyarbakir und Mardin (s. Bulletin 16/2019) und deren Austausch durch Zwangsverwalter, heizte Innenminister Süleyman Soylu Spekulationen um eine mögliche Absetzung auch İmamoğlus an. Nachdem İmamoğlu die Absetzung der drei osttürkischen Bürgermeister als illegal und undemokratisch kritisiert, eine Rückgängigmachung gefordert und als symbolischen Akt die kurdisch-dominierte Provinz Diyarbakir besucht hatte, drohte Soylu implizit damit, den Istanbuler Bürgermeister könne das gleiche Schicksal ereilen: „Wir haben diese drei abgesetzt und der neu gewählte Bürgermeister der größten Stadt der Türkei ist hingerannt, um sie zu verteidigen [...] Tun Sie Ihren Job, dann können wir nett mit Ihnen umgehen. Aber

wenn Sie sich weiterhin in andere Dinge einmischen, werden wir Sie ruinieren“, so die harschen Worte Soyulu. Anstelle sich von dieser Ankündigung einschüchtern zu lassen, konterte Imamoğlu kühl, es solle „keine Tradition in diesem Land werden, jemanden ohne Anklage zu beschuldigen. Das ist gegen Recht und Gesetz.“ Unterstützung erhielt Imamoğlu von der Türkei-Berichterstatteerin des EU-Parlaments, Kati Piri, die mit klaren Worten warnte: „Wenn sie [Imamoğlu] absetzen, wird dies sehr ernste Konsequenzen für die EU-Türkei-Beziehungen haben.“ Am 8. September löste sich die Spannung mit der Zurückweisung der Möglichkeit der Absetzung der Bürgermeister in Ankara und Istanbul durch Soyulu.

Imamoğlu fällt vom Stuhl

Das politische Duell zwischen Imamoğlu und Erdoğan hat mittlerweile auch eine humoristische Ebene erreicht. Bei einem wichtigen Treffen zwischen Präsident Erdoğan und 26 Bürgermeistern der AKP, CHP und MHP sowie fast allen Ministern des Kabinetts zerbrach der Stuhl, auf dem Imamoğlu saß. Durch die stützenden Arme der CHP-Bürgermeister Yılmaz Büyükerşen (Eskişehir) und Tunç Soyer (Izmir) konnte ein Sturz jedoch vermieden werden. Imamoğlu's Reaktion: „Auch hier war ich wohl zu schwer für den Stuhl“, löste Heiterkeit aus. In Anspielung auf Imamoğlus Verschwendungs-Vorwürfe gegenüber der AKP konnte sich Erdoğan einen Seitenhieb nicht verkneifen; er soll gesagt haben: „Schau Dir Deine Verschwendung an, Du hast Deinen Stuhl zerbrochen.“ Darauf erwiderte Imamoğlu: „Auf dem zweiten sitze ich ordentlich, Sir.“ Doch auch der zweite Stuhl, der für Imamoğlu gebracht wurde, hatte ein lockeres Bein und musste ausgetauscht werden. Der Produktivität des Treffens schien dies jedoch nicht geschadet zu haben. Die Teilnehmer berichteten von einem Treffen in freundlicher Atmosphäre mit guten Konsultationen und Dialogen. Es scheint, kleine Missgeschicke beleben den politischen Austausch.

Kafkaesker Gerichtsprozess gegen Istanbul CHP-Vorsitzende

Dass Erdoğan grundsätzlich jedoch über wenig Humor und noch weniger politische Toleranz verfügt, beweist er nahezu wöchentlich durch Meldungen über Anklagen und Inhaftierungen politischer Gegenspieler. Anfang September traf seine Vergeltung die aufstrebende Oppositionspolitikerin Canan Kaftancıoğlu. Die Istanbul CHP-Chefin hat 2019 entscheidend zum Wahlsieg des Oppositionskandidaten Imamoğlu bei den Bürgermeisterwahlen beigetragen, wurde gar als Architektin seines Wahlerfolgs gefeiert. Parallel zu ihrem politischen Aufstieg wurde ein Teil ihrer Twitter-Nachrichten aus dem Zeitraum

von 2012 bis 2017 aus der Mottenkiste der sozialen Medien ausgegraben und als Grundlage für ein Strafverfahren genutzt. Nun wurde sie auf Basis ihrer Twitter-Aktivitäten zu einer langjährigen Haftstrafe von neun Jahren und acht Monaten verurteilt.

Diejenigen Tweets, deren Urheberschaft Kaftancıoğlu im Gerichtsverfahren bestätigt hatte, enthalten im Zusammenhang mit dem armenischen Genozid, dem unaufgeklärten Mord am armenisch-stämmigen Journalisten Hrant Dink 2007 in Istanbul oder den Gezi-Park-Protesten u. a. Anspielungen auf den türkischen Staat als „Mörder“. In der Anklage wurden solche und ähnliche Tweets als Verunglimpfung des Staates und Volksverhetzung gewertet. Durch eine öffentliche Verurteilung des Mordes an drei weiblichen PKK-Mitgliedern in Paris im Jahre 2013 habe sie sich außerdem der Terrorpropaganda schuldig gemacht. Nicht zuletzt kritisierte Kaftancıoğlu auch den Präsidenten und betitelte ihn als „Dieb“, wodurch sich ihre Anklage um den Punkt „Präsidentenbeleidigung“ erweiterte. Kaftancıoğlu, die stets betont hatte, sich nicht einschüchtern zu lassen, bewies ihre Unbeugsamkeit schon im Gerichtssaal: Während einer der ersten Anhörungen las sie ein Gedicht des revolutionären Dichters Nazim Hikmet vor, der selbst in Zeiten des Kalten Krieges aufgrund kommunistischer Überzeugungen inhaftiert worden war. Allein für das Verlesen des Gedichtes forderte die Staatsanwaltschaft daraufhin eine Erhöhung der Freiheitsstrafe auf 17 Jahre. Letztendlich werteten die Richter ihre Rezitation als „mangelnde Einsicht“, sodass ein Jahr ihrer Gesamtstrafe durch die Gedichtrezitation begründet ist. Ironischerweise wurde Erdoğan selbst einst zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil er durch die Lesung eines islamistisch-nationalistischen Gedichtes während seiner Zeit als Bürgermeister von Istanbul die damaligen säkulären Eliten in Aufruhr versetzt hatte.

Nach ihrer Verurteilung erklärte Kaftancıoğlu, ihr Verfahren sei politisch motiviert und die eigentliche Entscheidung nicht im Gericht, sondern im [Präsidenten-]Palast getroffen worden. Nicht nur Kaftancıoğlu selbst, auch ihre Partei und ein großer Teil der türkischen Bevölkerung sind überzeugt davon, dass ihr Prozess einen Racheakt Erdoğan's für den Wahlverlust der AKP bei den Istanbul Bürgermeisterwahlen darstellt. In den sozialen Medien wurde Kaftancıoğlus Prozess heftig kritisiert; ihre Unterstützer verbreiteten den Hashtag #TurkiyeSeninleCananBaskan (Die Türkei steht hinter Dir, Vorsitzende Canan). Ein Kommentator sprach gar von einem „kafkaesken Albtraum“ für Kaftancıoğlu.

Für die politische Motivation hinter ihrer Anklage spricht, dass die erste eingeleitete Untersuchung gegen ihre Aktivitäten in den sozialen Medien vom 15. Januar 2018 datiert, zwei Tage nachdem sie zur Vorsitzenden der CHP in Istanbul gewählt worden war. Doch bereits einige Tage

vor ihrer Wahl begann eine – wie Kaftancıoğlu sie bezeichnet – „Schmutzkampagne“, in der nicht nur ihre eigenen, sondern auch ihr zu Unrecht zugeschriebene Tweets zum Skandal hochstilisiert wurden. Dabei stammte ein beträchtlicher Teil der ihr zur Last gelegten Tweets bereits aus einem rund fünf Jahre zurückliegenden Zeitraum.

Zufälligerweise legte Präsident Erdoğan, der sich schon oft durch die „Terroristin“ Kaftancıoğlu provoziert sah, am gleichen Tag, an dem die Untersuchungen gegen ihre Aktivitäten in den sozialen Medien begannen, Beschwerde gegen die CHP-Politikerin ein. Tags darauf befasste er sich sogar in einer Parlamentsrede mit Kaftancıoğlu, in dem er ihre (sowie ihr fälschlicherweise zugeschriebene) Tweets präsentierte und drohte, sie würde den Preis dafür bezahlen. Trotz allem blieb die Ermittlungsakte mehr als ein Jahr, bis kurz vor der zweiten Runde der Istanbuler Bürgermeisterwahlen, ohne weitere Einträge und Strafverfolgung. Erst während des zweiten Wahlkampfes wurde tatsächlich Anklage erhoben und kurz nach Imamoğlus Wahlsieg am 23. Juni 2019 mit den Vernehmungen begonnen. Es scheint, als verlaufe Kaftancıoğlus Aufstieg innerhalb der CHP zeitlich zufällig parallel zum Verfahren gegen ihre Twitter-Aktivitäten. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Gegen das Urteil hat Frau Kaftancıoğlu bereits Revision eingelegt und bleibt bis zur endgültigen Entscheidung des Berufungsgerichts auf freiem Fuß.

Trotz Freispruch: Keine Freiheit für Selahattin Demirtaş

Frau Kaftancıoğlu wird sich künftig evtl. in Gesellschaft zahlreicher anderer türkischer oppositioneller Politiker befinden, die ihren Kampf für die türkische Demokratie und Freiheitsrechte vom Gefängnis aus fortsetzen müssen. Unter ihnen ist Selahattin Demirtaş, der ehemalige Vorsitzende der pro-kurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP), der sich seit November 2016 in Untersuchungshaft befindet. Er ist einer von zahlreichen Juristen, Akademikern, Aktivisten und Journalisten, die nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 inhaftiert wurden. Bereits 2018 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Demirtaş' Freilassung angeordnet, da keine Rechtfertigung für seine Untersuchungshaft vorliege. Die Türkei sah sich an dieses Urteil jedoch nicht gebunden. Am 2. September hat nun jedoch auch ein Strafgericht in Ankara einstimmig entschieden, dass die Anklage der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nicht gerechtfertigt sei und Demirtaş daher aus der Haft zu entlassen sei. Eine Berufung der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil wurde zurückgewiesen. Tatsächlich bedeutet dies jedoch keine Freiheit für Demirtaş, da er außerdem eine Haftstrafe

von vier Jahren und acht Monaten verbüßen muss, die ihm in einem anderen Verfahren wegen „Terrorpropaganda“ auferlegt wurde. Seine Anwälte haben jedoch beantragt, dass Demirtaş die Zeit der Untersuchungshaft auf seine Strafe angerechnet und der Rest zur Bewährung ausgesetzt wird.

Träger des Thomas-Dehler-Preises zu Bewährungsstrafe verurteilt

Leider überwiegen im Bereich der türkischen Menschen- und Freiheitsrechte regelmäßig negative Meldungen, die diesmal einen Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in der Türkei direkt betreffen. Veysel Ok, der Mitgründer der „Media and Law Studies Association“, die Journalisten anwaltliche pro-bono Unterstützung anbietet, ist gemeinsam mit dem Reporter Cihan Acar zu jeweils fünf Monaten Freiheitsstrafe wegen Verunglimpfung der staatlichen Justizbehörden verurteilt worden, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die Grundlage der Anklage bildete ein Interview, in dem Rechtsanwalt Ok die türkische Justiz als „einfarbig“ bezeichnet und darauf hingewiesen hatte, dass Gerichtsentscheidungen von „jenen an der Macht“ beeinflusst würden und deren Ausgang somit schon von vornherein feststünde. Im Verfahren betonte Ok, dass seine Aussage die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz kritisiere. Dies sei keinesfalls eine Meinung, die nur von ihm vertreten, sondern von zahlreichen Juristen geteilt werde. In diesem Sinne habe er als Anwalt lediglich von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht.

Ok selbst hat in der Vergangenheit bereits namenhafte Journalisten, unter ihnen Ahmet Altan und den WELT-Korrespondenten Deniz Yücel, vertreten. Für sein konsequentes Eintreten für Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit war er erst im April dieses Jahres mit dem Thomas-Dehler-Preis der gleichnamigen liberalen Stiftung aus Bayern ausgezeichnet worden. Für genau dieses Handeln ist er in der Türkei jedoch zur Zielscheibe von Einschüchterung, Überwachung und Schikane geworden.

Außenpolitische Neuausrichtung der Türkei

2009 hatte sich der damalige Premier Erdoğan nachdrücklich gegen die Existenz von Atomwaffen im Nahen Osten ausgesprochen. Nun, zehn Jahre später, erregt er internationales Aufsehen durch seine lautstarke Forderung nach einem Recht auf türkischen Atomwaffenbesitz. Zur Rechtfertigung verwies er auf die potentielle Bedrohung durch Israels Atomwaffenbesitz sowie die Ungerechtigkeit des Vorhandenseins von Atomwaffen in allen entwickelten Staaten. Letzteres Argument ist unhaltbar, denn insgesamt verfügen nur

neun Länder über Atomwaffen; Deutschland ist nicht darunter. Es verdeutlicht jedoch Erdoğan's Verständnis des globalen Sicherheitssystems. Seit langem plädiert er für eine stärkere Rolle der Türkei in der Region wie in der Weltpolitik. Nuklearwaffen würden dem Land in diesem Zusammenhang ein höheres Prestige verschaffen. Trotz der großen Resonanz, die Erdoğan's Aussagen in den internationalen Medien erhielten, halten Analysten es für unwahrscheinlich, dass die Türkei ihre vertraglichen Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag aufkündigt und einen neuen Weg in der Atompolitik einschlägt. Strategisch würde dies eine Abkehr der Türkei von ihren sicherheitspolitischen Partnern bedeuten, allen voran der NATO, unter deren Verteidigungsschirm die Türkei sich trotz aller Auseinandersetzungen weiterhin befindet. Darüber hinaus ist kaum zu erwarten, dass die Türkei in ihrer gegenwärtigen Situation bereit ist, Wirtschaftssanktionen zu riskieren, die ein Bruch des Atomwaffensperrvertrages mit Sicherheit nach sich ziehen würde. Auch praktisch verfügt die Türkei bisher weder über die Sachkompetenz noch die infrastrukturellen Bedingungen, um Atomwaffen entwickeln zu können.

Erdoğan's Äußerungen lassen sich also kaum als Handlungsabsicht deuten, liefern aber interessante Hinweise auf innen- und außenpolitische Entwicklungen in der Türkei. Aaron Stein, Leiter des Nahostprogramms des renommierten Think-tanks „Foreign Policy Research Institute“, erklärte, Erdoğan's Statement zeige, wer in der Türkei an der einsamen Spitze des Entscheidungsprozesses stehe. Viele Beamte des Außenministeriums dürften von Erdoğan's Gedankenspielen überrascht worden sein, widersprechen diese doch bisher fest verankerten außenpolitischen Leitlinien der Türkei, die nicht zuletzt durch die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags 1980 zum Ausdruck kamen. Des Weiteren fehlt Erdoğan's Forderung auf der Website des Präsidenten, auf der dessen Reden für gewöhnlich veröffentlicht werden. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass Atomwaffen nicht auf der tatsächlichen Agenda der Türkei stehen. Es scheint, als wäre Erdoğan's Äußerung ein Alleingang gewesen, um sich selbst als Führer darzustellen, der für den der Türkei rechtmäßig gebührenden Platz in der internationalen Ordnung kämpft. Laut Stein verdeutlicht die Aussage also „nur“ Erdoğan's außenpolitische Neuausrichtung der Türkei. Anstatt wie in der Vergangenheit außenpolitische Bündnisse zu priorisieren, stelle Erdoğan nun Eigeninteressen und Entscheidungsfreiheit der Türkei an oberste Stelle. Unterstützt wird dieses Argument durch die Tatsache, dass sich die Türkei in letzter Zeit weniger auf ihre NATO-Partner fokussiert, sondern eine stärkere sicherheitspolitische Zusammenarbeit auch mit Russland anstrebt (Stichwort: Luftabwehr-Raketensystem S-400).

Erdoğan lässt syrische Geflüchtete nach Syrien zurückführen

Das Thema „Syrische Flüchtlinge“ sorgt in der Türkei zunehmend für innenpolitische Spannungen. Wirtschaftliche Rezession und hohe Arbeitslosigkeit haben die Ablehnung der türkischen Bevölkerung gegenüber syrischen Geflüchteten verschärft; in sozialen Medien und im Alltag sind anti-syrische (Hass-) Kommentare ein immer häufiger zu registrierendes Phänomen. Da die AKP in den Istanbul Bürgermeisterwahlen u. a. auch für ihre Flüchtlingspolitik abgestraft wurde, versucht sie nun, ihren Kurs zu verschärfen. Ein Element dieser Politik ist die Einrichtung einer Sicherheitszone im gemeinsam mit den USA kontrollierten Nordsyrien. Vorgesehen ist die Ansiedlung mindestens einer Million syrischer Geflüchteter aus der Türkei in diesem Gebiet. Eine Pufferzone an der syrischen Grenze hatte der türkische Präsident schon lange gefordert. Ursprünglich wurde jedoch beabsichtigt, die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) fernzuhalten, die mit den USA verbündet sind, aber von der Türkei als Sicherheitsbedrohung angesehen werden. Die gleiche Idee, nur neu verpackt, soll nun dazu dienen, syrischen Geflüchteten ein neues Zuhause in ihrem Heimatland zu schaffen und so den Flüchtlingsdruck in der Türkei zu verringern. Berichten zufolge ließ Erdoğan seinen Worten bereits Taten folgen und zwang in den vergangenen Wochen tausende Flüchtlinge aus Großstädten, sich in Bussen und Polizei-autos an die syrische Grenze bringen zu lassen. Insgesamt sollen so bisher 350.000 Syrer nach Nordsyrien zurückgekehrt sein.

Während die USA die Einrichtung der Sicherheitszone militärisch unterstützen sollen, fordert Erdoğan von der EU mehr finanzielle und humanitäre Hilfe. Während die Türkei mittlerweile mehr als 35 Mrd. Euro für Geflüchtete ausgegeben habe, seien von den im Zuge des „Flüchtlingsdeals“ 2016 von der EU versprochenen sechs Mrd. Euro bisher nur drei Mrd. überwiesen worden. Obwohl die Sprecherin der EU-Kommission, Natasha Bertaud, widersprach und klarstellte, dass bisher bereits 5,6 Mrd. Euro die Türkei erreicht hätten, beharrte Erdoğan auf seiner Forderung: „Entweder das passiert oder wir müssen unsere Tore öffnen [...] Entweder Ihr unterstützt uns oder aber, Entschuldigung, wir werden diese Last nicht alleine tragen.“ Zusätzlich zu Erdoğan's klarer Ansage betonte Vizepräsident Fuat Oktay die Ernsthaftigkeit der türkischen Pläne und betonte, es handle sich „weder um eine Drohung, noch einen Bluff“. Obwohl gemeinsame amerikanisch-türkische Patrouillen in der Sicherheitszone bereits begonnen haben, bestehen noch viele Hindernisse. Die konkrete Ausgestaltung der Sicherheitszone, z. B. deren Breite, sowie der Umgang mit der bisher dort herrschenden kurdischen YPG-Miliz, die Washington als Verbündete, Ankara aber als Terroristen betrachtet, sind noch immer unklar.

Die türkische Volkswirtschaft: Stabilisierung an der Inflationsfront

Berat Albayrak ist mit sich und der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei in diesen Tagen sehr zufrieden. „Mit unserem Kampf gegen die Inflation und unseren (finanzpolitischen) Maßnahmen, die Priorität für gesundes Wachstum schaffen, werden wir unsere Ziele bis Jahresende auf allen Feldern erreichen“, twitterte der türkische Schatz- und Finanzminister kürzlich. Was sind die finanzpolitischen Fakten, die den Schwiegersohn des Präsidenten in so positive Schwingungen versetzen? Ist endlich Licht am Ende des Tunnels der türkischen Rezession, Wirtschafts- und Währungskrise zu erkennen, die das Land und seine Bürger spätestens seit dem August 2018 so fest im Griff hat und die - ausweislich des Resultats der landesweiten Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 – nun auch die Wahlentscheidung der Bürger negativ beeinflusst? Negativ zumindest aus Sicht der - über die 18 Jahre ihrer Existenz - siegverwöhnten Regierungspartei AKP und ihres unangefochtenen Führers Recep Tayyip Erdoğan, der seinerseits in den letzten Wochen mal wieder „Steherqualitäten“ beweist. Nichts liegt ihm ferner, als die Wählerwanderungen ins oppositionelle Lager oder sich abzeichnende Parteineugründungen durch AKP-Abweichler mit eigenen Politikfehlern in Verbindung zu bringen.

Um das Rätsel über die Ursache der guten Stimmung von Minister Albayrak rasch aufzulösen, könnte man sagen: Wer aus einer dunklen Höhle kommt, dem mag das spärlichste Tageslicht wie eine Inkarnation der Sonne erscheinen. Das Faktum, das so positive Laune schafft, ist die Information des türkischen Statistikamtes TÜİK, wonach die Inflationsrate im Monat August auf 15,01% gefallen ist – von 16,65% im Vormonat. Damit setzt sich eigentlich nur ein allmählicher Stabilisierungstrend fort, der seit dem Spitzenwert, d. h. der Inflationsrate von 25,24% im Oktober 2018, angehalten hatte – mit Ausnahme eben des verhaltenen Anstiegs im Juli 2019. Die Inflationsrate im August 2019 liegt auch deutlich unter der desselben Vorjahresmonats (August 2018: 17,9%). Die positive Entwicklung ist sowohl bei den Verbraucher- als auch bei den Produzentenpreisen spürbar; letztere stiegen im August noch um 16,9%. Für den Endverbraucher machen sich die rückläufigen Preise vor allem in den Bereichen Ernährung und Transportkosten positiv bemerkbar; die Preise sind hier im Monatsvergleich um 0,77% resp. 1,94% gesunken. Dem stehen Steigerungen bei Kosten für Erziehung/Ausbildung (plus 4,26%) und für Unterkunft (plus 2,04%) gegenüber. Wenig begeistert dürften mal wieder die türkischen Raucher und die Liebhaber alkoholischer Getränke sein: Hier betrug die Preissteigerung von Juli zu August 2019 satte 19,11%.

Die türkische Zentralbank unter neuer, von Präsident

Erdoğan installierter Leitung sieht durch die Entwicklung der Inflationsrate nicht nur ihre von vielen Beobachtern zunächst mit Argwohn und Kopfschütteln begleitete Entscheidung vom Juli zur spektakulären Rückführung des Leitzinses (um 425 Basispunkte auf 19,75%) bestätigt. Nachdem die Regierungspresse zuletzt nicht müde wurde, in- und ausländische Finanzexperten zu zitieren, die weitere Leitzinssenkungen in Vorschlag bringen, hat die Zentralbank am 12. September gehandelt: Sie setzte den Leitzins erneut deutlich um weitere 3,25% auf nun 16,5% zurück. Der Beweis kluger Leitzinspolitik muss allerdings erst im Verlaufe der kommenden Monate erbracht werden.

Auch die Prognosen für die Entwicklung der Inflationsrate im Jahre 2019 und den folgenden Jahren wurden bereits nach unten korrigiert. Die Zentralbank hat ihre Prognose für das Jahresende 2019 von optimistischen 14,6% auf nun sogar 13,9% gesenkt. Das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung vom September 2018 hatte für das Jahr 2019 eine Jahresinflationsrate von 15,9% angestrebt. Die Zentralbank ist hier zuversichtlicher; auch ihre Prognosen für die Jahresinflation 2020 (8,2%) und 2021 (5,4%) liegen noch deutlich unter den im Regierungsprogramm von 2018 vorgegebenen Zielgrößen.

Diese gouvernementalen Erfolgsmeldungen relativieren aber ein anderes Faktum nur sehr bedingt: Auch im zweiten Quartal 2019 ist die türkische Volkswirtschaft, deren unaufhaltsamer Aufstieg zur Weltspitze über Jahre zu den unumstößlichen Überzeugungen eines jeden AKP-Anhänger gehört hatte, geschrumpft, und zwar um 1,5%. Von regierungsnahen Ökonomen, wie dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Medipol-Universität Istanbul und zugleich Generalsekretär der Türkischen Exporteur-Vereinigung TIM, Prof. Kerim Alkan, werden die Marktsignale dennoch als unverkennbares Zeichen der Trendwende interpretiert: Alkan prognostiziert sogar die Rückkehr der türkischen Volkswirtschaft auf den Wachstumspfad mit einem Plus von bis zu 1,5%. Aber auch die international tätigen Wirtschaftsanalytiker von „Capital Economics“ sehen Anzeichen für positives Wachstum der Volkswirtschaft im 4. Quartal (um ca. 0,8%). Capital Economics weist aber zugleich darauf hin, dass die sehr aggressive fiskal- und währungspolitische Anreiz-Strategie der türkischen Regierung neue Unsicherheiten, vor allem mit Blick auf die weiterhin schwächelnde Landeswährung, evozieren könnte.

Prof. Alkan hat bei seiner Prognose vor allem die Entwicklung der Realwirtschaft im Auge; er verweist dabei auf das Wachstum der letzten Monate im Bereich von Gütern und Dienstleistungen. In der Tat hat die rezessionsbedingte Kontraktion der türkischen Volkswirtschaft insgesamt vor allem die Importe betroffen, während die Exportwirtschaft – insonderheit auch aufgrund des Wertverlustes der Landeswährung – deutlich besser abgeschnitten hat. Im August 2019

standen türkischen Importen im Gesamtwert von 15,5 Mrd. USD Exporte in Höhe von 13,2 Mrd. USD gegenüber. Wichtigster Abnehmer türkischer Waren ist – nach wie vor – Deutschland mit einem 1%-igen Wachstum im Jahresvergleich auf jetzt 1,21 Mrd. USD, gefolgt von Großbritannien (1,04 Mrd. USD), dem Irak (0,71 Mrd. USD), den USA (0,67 Mrd. USD) und Spanien (0,61 Mrd. USD). Wichtigster Beiträger zum türkischen Export ist die Automobilwirtschaft (Exporte in Höhe von 1,7 Mrd. USD im August 2019); danach rangieren die chemische Industrie (1,63 Mrd. USD) und die Konfektionsindustrie (1,4 Mrd. USD). Die Stabilisierung des traditionellen türkischen Handels- und Zahlungsbilanzdefizits ist unter diesen Sonderbedingungen offenkundig. Im Zeitraum Januar-Juli 2019 ist das Handelsbilanzdefizit von 46,81 Mrd. USD im Vergleichszeitraum des Vorjahres auf jetzt 18,08 Mrd. USD gravierend zurückgegangen. Jedoch geht auch die „berufsbedingt“ optimistische türkische Regierung bisher von einem fortdauernden Handelsbilanzdefizit von immerhin mehr als 40 Mrd. USD für das Jahr 2019 aus – für eine Volkswirtschaft, die zunehmende Schwierigkeiten hat, sich auf den internationalen Kapitalmärkten bei vertretbaren Kosten mit „frischem Geld“ zu versorgen, weiß Gott kein Pappentier!

Wie wichtig im Übrigen der Export gerade für die türkische Automobilwirtschaft inzwischen geworden ist, belegen zum anderen die neuesten Zahlen des türkischen Automobilhandelsverbandes ODD (türk.: Otomotiv Distribütörleri Derneği). ODD weist für die ersten acht Monate des Jahres 2019 einen Rückgang des PKW-Verkaufs in der Türkei um knapp 44% aus. Bei den leichten gewerblichen Nutzfahrzeugen beläuft sich der Rückgang des Verkaufs auf dem Binnenmarkt sogar auf 51,9%. Allein für den Monat August 2019 sank der Verkauf von PKWs um 20% im Vergleich zum August des Vorjahres. Es steht daher zu erwarten, dass die Gesamtverkaufszahlen zum Jahresende nochmals deutlich unter den (schlechten) Werten für 2018 liegen dürften. Damals waren die Verkaufszahlen für PKWs und Leicht-LKWs von 956.194 (2017) bereits um mehr als ein Drittel auf 620.937 gesunken. Diese Zahlen nur eines wichtigen türkischen Wirtschaftssektors belegen: Der Weg aus der Krise ist länger und steiniger als es die auf Optimismus getrimmten türkischen Staatsmedien den Bürgern des Landes vermitteln wollen.

Zumindest einer jedoch hat schon sehr konkrete Vorstellungen, was die nähere Zukunft der türkischen Volkswirtschaft angeht: In einer großen Rede vor AKP-Funktionären erklärte Präsident Erdoğan am 6. September, er habe für das Jahr 2020 das Wachstumsziel von 5% gesetzt. Der Präsident weiß genau, welche jährliche Wachstumsrate die türkische Volkswirtschaft benötigt, um auch nur annähernd die Arbeitsplätze bereitstellen zu können, die die an den Arbeitsmarkt drängende Generation junger Türken dringend benötigt. Es wäre jedoch sehr

erstaunlich, wenn der „Reis“ bei seiner Prognose auch an die Verwerfungen der internationalen Märkte durch den Handelskonflikt USA-China, an die Auswirkungen des Brexit oder an die nachlassende Konjunktur gerade auch in den wichtigsten Exportmärkten der Türkei (Deutschland, Großbritannien) gedacht hätte. Doch da gilt – aus türkischer Sicht: leider: Der ansonsten so lange Arm des starken Mannes in Ankara reicht bis an die Gestade von Mittelmeer und Schwarzem Meer, doch gerade in ökonomischen Fragen kaum darüber hinaus.

Mehr Todesopfer aufgrund von Luftverschmutzung als durch Verkehrsunfälle

Nachdem Brasiliens Regenwald in Flammen stand und Greta Thunberg für den Klimaschutz über den Atlantik segelte, sind die Themen Klima und Umwelt derzeit auch aus den türkischen Nachrichten nicht wegzudenken. Auf Schlagzeilen über großflächige Waldbrände im Westen und Südwesten im August sowie eine grüne Protestwelle gegen die rücksichtslose Abholzung des Ida-Gebirges im Westen des Landes folgten nun auch erschreckende Meldungen über die Luftverschmutzung.

Laut einem im August veröffentlichten Bericht der „Right to Clean Air Platform“, einer Vereinigung von 16 ökologisch orientierten Organisationen, ist die Luft in mehr als der Hälfte der 81 türkischen Provinzen verschmutzt. Aber auch die Luftqualität der übrigen Provinzen lässt zu wünschen übrig, sodass nur die Bewohner der Grenzprovinz Ardahan im äußersten Nordosten der Türkei wirklich saubere Luft atmen können. Diese flächendeckende Luftverschmutzung ist nicht nur gefährlich als Auslöser für Herz- und Lungenkrankheiten – sie ist teilweise sogar tödlich. Mehr als 51 000 Todesfälle im Jahr 2017 ließen sich auf Krankheiten, die durch Luftverschmutzung ausgelöst wurden, zurückführen. Damit forderte die Luftverschmutzung sieben Mal mehr Opfer als Verkehrsunfälle. Dabei hätten allein 13 % dieser Todesfälle verhindert werden können, entsprächen die türkischen Luftreinhaltevorschriften den vorgeschlagenen Richtwerten der Weltgesundheitsorganisation.

Besonders problematisch sind in der Türkei Schwefeldioxid-Emissionen, die nicht nur für sauren Regen mitverantwortlich sind, sondern auch zur Feinstaubbelastung beitragen. Im Ranking der weltweiten Schwefeldioxid-Emissionen nimmt die Türkei den zehnten Platz ein - hinter Indien, Russland, China, Mexiko, dem Iran, Saudi-Arabien, Südafrika, der Ukraine und den USA. Verantwortlich für den überdurchschnittlichen türkischen Schwefeldioxid-Ausstoß sind zu 90% die Kohlekraftwerke des Landes. Allein die beiden größten Kohlekraftwerke Afsin-Elbistan A und B in der südöstlichen Provinz

Kahramanmaraş sind die zehntgrößten Emittenten von Schwefeldioxid weltweit. Die NRO Greenpeace, Mitglied der „Right to Clean Air Platform“, forderte in diesem Zusammenhang Politikprogramme und Investitionen, die sich auf erneuerbare Energien konzentrieren, anstatt – wie bisher – durch Anreizmechanismen und Ausnahmen von Umweltschutzregelungen Kohlekraftwerke am Leben zu erhalten.

